



## Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Martina Fehlner SPD**

### **Bauernland in Bauernhand – Expertenanhörung zum Schutz des Bodenmarkts**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten führt zeitnah eine Expertenanhörung zu notwendigen Regulierungen im Bodenmarkt durch, um die Ressource Boden für die aktive Landwirtschaft nachhaltig zu sichern und Kapitalanlegern den Kauf von Agrarflächen zu verwehren.

Unter anderem sollen folgende Punkte thematisiert werden:

- Welche Instrumente haben sich in anderen Bundesländern (beispielsweise das Gesetz über Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur in Baden-Württemberg (Agrarstrukturverbesserungsgesetz – ASVG)) bewährt?
- Wie sinnvoll wäre die Schaffung eines staatlich finanzierten und verwalteten Bodenfonds?
- Wie könnten Existenzgründer und Junglandwirte von einem staatlich organisierten Bodenfonds profitieren?
- Wie beeinflussen sogenannte „Share Deals“ die Agrarstruktur in Bayern und wie kann diese Entwicklung durch Novellierungen des Landesrechts verhindert werden?

### **Begründung:**

Die Kaufpreise von Agrarland steigen seit geraumer Zeit enorm, die Niedrigzinsphase hat diese Entwicklung zunehmend verschärft. Im Zeitraum von 2015 bis 2018 sind die Grundstückspreise bundesweit durchschnittlich um rund 30 Prozent angestiegen. Nach Einschätzung der Bundesregierung ist der Einfluss der Finanzmärkte auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt unter anderem aber auch deshalb so stark, weil die Preismissbrauchsregelung im Grundstückverkehrsgesetz kaum noch wirkt.

Die Bundesregierung verweist weiterhin darauf, dass die Regulierungslücken im Bodenrecht nur von den Ländern geschlossen werden könnten, da diese seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 die alleinige Zuständigkeit im Grundstückverkehrsrecht haben. Aus diesem Grund ist eine Novellierung des Landesrechts erforderlich, um die Agrarflächen dauerhaft für die Landwirtschaft zu sichern.

Eine Expertenanhörung kann notwendige Erkenntnisse aus anderen Bundesländern darlegen und somit Grundlage für einen neuen bayerischen Weg in der Bodenpolitik sein.